

#Lassunsreden

JUGEND

ZEIT

PERSPEKTIVPAPIERE DER

AG EIGENSTÄNDIGE

JUGENDPOLITIK

SACHSEN

**EIN JAHR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG
ALS SOLLBESTIMMUNG IN DER SÄCHSISCHEN
KOMMUNALVERFASSUNG**

1/2019

Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend als eigenständige Lebensphase mit spezifischen Chancen und Herausforderungen markiert den Leitgedanken für die Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Sie muss eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein, muss unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebenswelten und Bedürfnisse anerkennen, respektieren und fördern.

Dieser Herausforderung stellt sich die JUST Jugendstiftung Sachsen gemeinsam mit örtlichen und überörtlichen Träger der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Entwicklung und Erstellung von Perspektiven für eine Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen. Hierfür fokussieren wir in Veranstaltungen auf die zentralen Lebensbereiche und Lebenswirklichkeiten junger Menschen, diskutieren mit Expert/innen und Jugendlichen, interessierten Fachkräften und Akteuren das Thema Jugend, werten die Ergebnisse in der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ aus und verdichten Schwerpunkte zu Perspektivpapieren für die fachpolitische Diskussion.

Seit 2015 wird dies in einem eigenständigen Veranstaltungsformat gebündelt – „#lassunsreden-Jugendzeit“ als in wechselnden, sächsischen Orten stattfindende, thematische Gesprächsreihe. Auf Basis der Ergebnisse und deren Bewertung entstehen Perspektivpapiere mit dezidiert sächsischem Blick.

Die Arbeitsergebnisse bringen wir in die politische Debatte ein und beziehen uns hierbei auf die Formulierungen des Koalitionsvertrags (S. 51) zwischen sächsischer CDU und SPD: *„Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Daher wollen wir unter Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Kommunen die eigenständige Jugendpolitik für Sachsen weiterentwickeln.“*

Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik Sachsen

Die Projektumsetzung „#lassunsreden-Jugendzeit“ wird trägerübergreifend in der Arbeitsgruppe „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ koordiniert und fachlich begleitet. Aktuell wirken an der Arbeit der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ die folgenden örtlichen und überörtlichen Träger der Sächsischen Kinder- und Jugendhilfe mit.

- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Landesjugendamt
- Stadt Chemnitz, Amt für Jugend und Familie
- Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung
- Landkreis Nordsachsen, Jugendamt
- Evangelische Akademie Meißen
- AGJF Sachsen e. V.
- Kinder- und Jugendring Sachsen e. V., Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Regionalstelle Sachsen
- Sächsische Jugendstiftung
- JUST - Jugendstiftung Sachsen, Fachstelle Freiwilligendienste
- Landesjugendpfarramt/Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
- Sächsische Landjugend e. V.
- Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e. V., Bischofswerda
- Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

EIN JAHR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG ALS SOLL-BESTIMMUNG IN DER SÄCHSISCHEN KOMMUNALVERFASSUNG – BESTANDSAUFNAHME UND PERSPEKTIVEN.

Zum 01.01.2018 wurde die Kinder- und Jugendbeteiligung als Soll-Bestimmung in der Sächsischen Städte- und Gemeindeordnung (§ 47a) sowie der Landkreisordnung (§ 43a) verankert. Eine Vielzahl von Städten und Gemeinden hatte sich bereits (weit) im Vorfeld dieser Bestimmung auf den Weg der Beteiligung junger Menschen begeben, andere nutzten diesen Anlass, sich dem Thema neu zu widmen. In Sachsen existiert eine bunte „Beteiligungslandschaft“, in der vielfältige Formen und Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung Platz finden. Je nach Anlass oder Zielsetzung der Akteure vor Ort reicht das Spektrum von kleineren Projekten zur Ausgestaltung eines Gemeindefestes bis hin zu stärker institutionalisierten Formen, wie etwa Jugendparlamenten. Einzelne Träger der Jugendhilfe, Beteiligungsnetzwerke sowie verschiedene Stiftungen begleiten diese Arbeit programmatisch und unterstützen mit Knowhow. Mit der Veranstaltung sollte eine gemeinsame Rückschau und Bestandsaufnahme vorgenommen und künftige Chancen skizziert werden. Welche Verständnisse von Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es? Welche Unterstützungsstrukturen existieren auf der Landes-, Landkreis oder auf der kommunalen Ebene – und wie wirken sie? Was funktioniert schon gut und wo liegen noch Entwicklungspotentiale, wenn es darum geht, gelebte Praxis vor Ort mit politischen bzw. strukturellen Rahmenbedingungen in Übereinklang zu bringen?

Datum: 7. Februar 2019, 17.00 - 20.30 Uhr

Ort: Parkschlösschen Brandis, Bahnhofstraße 22, 04821 Brandis

Gemeinsam mit etwa 45 Gästen wurde über Jugendzeit, Haltung, demokratische Mitbestimmung und jugendgerechte Infrastruktur diskutiert. Im Perspektivpapier sind die wesentlichen Diskussionsergebnisse zusammengefasst.

Jugendbeteiligung meint praktisch

Jugendbeteiligung wird bei den wenigsten jungen Menschen fester Bestandteil ihrer Alltagskommunikation sein. Jugendliche bringen sich jedoch, vor allem jenseits einer ausschließlich als politische Partizipation verstandenen Beteiligung, auf vielfältige Weise ein.

Was erleben junge Menschen in diesen Prozessen? – Sie erleben, dass es Menschen gibt, die sie, ihre Freund*innen und ihre Anliegen sehr ernst nehmen, die Hilfestellung in den Dingen geben, die Jugendliche umsetzen wollen und die Raum lassen, damit sie sich verwirklichen können. Sie erleben, dass die Menschen, die sich um ein Thema oder Vorhaben bemühen, gemeinsam eine Vorstellung und ein Verständnis dafür entwickeln, was sie wollen und was Beteiligung ist.

Eine zentrale Gelingensbedingung von Jugendbeteiligung ist, dass die Erwachsenenwelt im direkten, nahen Umfeld aufrichtig zuhört, was junge Menschen bewegt, was sie sich vorstellen und wünschen und worüber sie sich Sorgen.

Jugendbeteiligung verfolgt Ziele

Jugendbeteiligung möchte Bewegung in tradierte Gremien, Institutionen und Prozesse bringen und andere Wege entwickeln, indem eine unterrepräsentierte Gruppe authentisch ihre Stimme einbringt. Auf kommunaler Ebene ist es der Versuch, über neue Kanäle, Zugänge und Ansprachen vorhandene Distanzen zu reduzieren und Jugendliche einzubinden. In neuen Formaten können junge Menschen (zeitlich befristet) mitmachen. Jugendbeteiligung wird auch von jenen Jugendlichen eingefordert, die in ihren Interessenlagen nicht gehört werden und die einfach selbst aktiv werden, ihre Anliegen lautstark formulieren oder sich Räume aneignen.

Für die Kommunen liegt ein möglicher Gewinn in einem höheren Maß an Sensibilität gegenüber den spezifischen Bedürfnissen und Interessen. Junge Menschen gewinnen einen Zuwachs an Knowhow, wie Kommune und Kommunalpolitik funktioniert. Aus diesen Engagement kann Jahren später ein politisches Bekenntnis und der Wunsch nach einem kommunalen Mandat erwachsen. Jugendliche, die sich beteiligen konnten und mit Entscheidungsträger*innen in Kontakt standen, erleben im besten Fall, dass sie und ihre Themen ernstgenommen werden. Sie erfahren Selbstwirksamkeit und Eigenverantwortung.

In Aktivitäten der Jugendbeteiligung geht es immer auch um politische Bildung, um Macht und Verantwortung, um Teilhabe und Ausschluss, Ziele und Inhalte. Welchen Gestaltungsspielraum erhalten die jungen Menschen? Wie viel Verantwortung möchten wir jungen Menschen eigentlich übertragen? Welche Zielgruppe(n) nehmen wir in den Blick und warum? Es existieren zahlreiche Formate, Methoden und Ansätze einer offenen, projektorientierten oder auch parlamentarischen Beteiligung, die anhand des konkreten Vorhabens in ihrer Reichweite, ihren Vorzügen und Grenzen abzuwägen sind.

Jugendbeteiligung schafft Erfahrungsräume, in denen unsere Demokratie alltäglich erlebt, erlernt und mitgestaltet werden kann. Demokratie kann hier als Lebensform (wie z.B. in der Aushandlung konkreter Gestaltungsideen in der Jugendinitiative), als Gesellschaftsform (wie z.B. in zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen von Nutzungsinteressen für eine Freifläche im Ort) und als Herrschaftsform (wie z.B. in der verbindlichen Regelung von jugendlicher Mitsprache und Repräsentation in kommunalen Entscheidungsprozessen) ganzheitlich erlebt werden. Demokratiedistanz wird reduziert, demokratische Kompetenzen werden aufgebaut.

In unserer Gesellschaft geht es um eine ermöglichende, beteiligungsfördernde Haltung. Es geht nicht darum, jeden Jugendlichen an Allem zu beteiligen, sondern prinzipiell gesicherte Zugänge und einklagbare Mitsprache zu ermöglichen. Junge Menschen (und andere Gruppen) müssen stets die Möglichkeit haben, für ihre Interessen einzustehen und die Tür zur zuständigen Ebene zu öffnen. Dafür braucht es strukturelle Vereinbarungen, Ressourcen und Fachleute. Es braucht Menschen, die sich dafür interessieren und im Lebensraum der Kinder und Jugendlichen sichtbar sind.

Jugendbeteiligung braucht Grundlagen

Lokale Beteiligungsprozesse benötigen einen gemeinsamen Ausgangspunkt. Die Beteiligten müssen sich zu ihrem Verständnis von Beteiligung, der angestrebten Reichweite, den spezifischen Zielen und den erhofften Wirkungen verständigen. Es gibt verschiedene Zugänge, sich dem Vorhaben anzunähern und der Schlüssel liegt in einer gemeinsamen, vor Ort entwickelten Strategie, die von Anfang an den Lebensweltbezug der Kinder und Jugendlichen herstellt und als Kernfokus festhält.

Die Aktivitäten müssen sich an den Zielgruppen ausrichten. Kaum ein Jugendlicher wird den Stadtanzeiger aufschlagen und den Sitzungstermin des Sozialausschusses heraussuchen. Es ist eine jugendgerechte Kommunikation der Anliegen erforderlich und es muss gewährleistet werden, dass die Themen, die Jugend interessieren, in genau den relevanten Gremien gespielt werden. Hier können je nach Ebene (bspw. Im Landkreis) stellvertretend auch beauftragte Fachkräfte wirksam werden.

In der Jugendbeteiligung begegnen wir häufig den gleichen Herausforderungen, wie in der Erwachsenenwelt. Eine zentrale Rolle spielt der Faktor Zeit. Die Engagierten sind häufig mehrfach engagiert, verfügbare Zeiträume sind knapp und alle Betätigungsfelder ringen um das knappe Gut Aufmerksamkeit. Aus Engagement entstehen Wissens-, Ressourcen- und Zugangsvorsprünge, die nicht immer demokratisch rückgebunden werden, mehrfach Engagierte häufen in diesem Verständnis überproportional Einflussmöglichkeiten an, was negativ Effekte auf die Motivation anderer Jugendlicher haben kann.

Beteiligung funktioniert, wenn vor Ort Erwachsene aktiv sind, die das Thema mit einer inneren Haltung umsetzen, also dem Bestreben, Jugendlichen ernsthaft, vertrauensvoll, auf Augenhöhe, wertschätzend und konstruktiv gegenüberzutreten.

Jugendbeteiligung soll und darf am Ende kein Feigenblatt sein, mit dem sich Politik schmückt. Die Sollbestimmung in der Sächsischen Gemeinde- und Landkreisordnung ist eine unterstützende Regelung, um die Steine in konkreten Prozessen aus dem Weg zu räumen. Hierfür braucht es eine jugendgerechte Infrastruktur vor Ort: Ansprechpartner und Fürsprecher*innen, lokale, regionale und landesweite Lobbyinstanzen, die ansprechbar sind und gemeinsam mit jungen Menschen Schritt für Schritt Sollbestimmungen in Istzustände überführen.

Initiativen und Projekte entfalten lokale Resonanz und leisten ihren Beitrag für einen gesellschaftlichen Kulturwandel. Es braucht Projekte, Haltungsarbeit, verlässliche Strukturen, politischen Willen und Ressourcen. Es braucht zahlreiche Beteiligungsprozesse, die als kleine Schritte initiiert werden, um Beteiligung langfristig als selbstverständlich zu institutionalisieren.

Jugendbeteiligung nachhaltig stärken

Nachhaltig verankerte Jugendbeteiligung versteht sich nicht als Einzelprojekt oder Maßnahme, sondern als *im Alltag verankerter Arbeitsansatz*, der in allen Vorhaben die Möglichkeit der Einbeziehung oder Berücksichtigung jugendlicher Interessenlagen mitdenkt. Instrumente hierfür sind Befragungen, die Einbindung von Mitwirkungsgremien (wie z.B. Kreisschülerrat, Jugendstadtrat, Hausplenum), die Beteiligung in projektorientierten Formaten, die Einbeziehung von Verbänden und Interessensgruppen, die Nutzung von Prüfinstrumenten (wie z.B. den Jugendcheck) sowie die Diskussion mit Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Schulen.

Es lohnt sich, die tradierte Beteiligungswelt aufzubrechen und Alternativen zur Mitwirkung über Mitgliedschaften oder verbindlichem Bekenntnis zur Bürgerinitiative zu entwickeln. Gefragt sind *Formate, an denen Jugendliche andocken*, sich (zeitlich befristet) einbringen und engagieren können und später wieder fernbleiben dürfen.

Vor Ort benötigen die Jugendlichen *konkrete Ansprechpartner*innen*, die bekannt, erreichbar und anwaltschaftlich die Themen ernstnehmen und transportieren. Die Rolle der/des Jugendbeauftragten kann in Abhängigkeit der lokalen Bedingungen z.B. durch eine/n jungen Erwachsenen, die Fachkraft des lokalen Jugendclubs, ein gewähltes Mitglied des Stadtrats, einer hauptamtlichen Mitarbeiterin der Verwaltung oder als berufene Beauftragte auf Zeit ausgefüllt werden. Zentral ist jedoch ein *verbindlicher Zugang zur kommunalen Politik und Verwaltungsspitze* sowie ein klarer politischer Wille zur Schaffung und Akzeptanz dieser koordinierenden Funktionsstelle.

Die Einbeziehung von jungen Menschen in kommunale Entwicklungsprozesse sowie lokale Politik ist nicht unumstritten. Hier hilft politischer Rückenwind, hier entfalten die sächsischen Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ihre Wirkung. Es braucht aber auch die konkrete Unterstützung von denen, die sich auf den Weg begeben. Hier sind *finanzielle, personelle und fachliche Ressourcen* (als externe Beratung ebenso wie unmittelbare Förderung vor Ort denkbar) notwendig, um *sich offen und experimentell dem Thema anzunähern*.

Jugendbeteiligung kritisch begleiten

Wie kann es gelingen, für Kinder und Jugendliche biografisch durchgängige Beteiligungserfahrungen zu ermöglichen und damit ein Gefühl zu vermitteln: „an dem Ort, wo ich meine Zeit verbringe, ist meine Meinung gefragt, da bin ich als Mensch gefragt und kann mich einbringen“? Positive Erlebnisse laufen unverändert über Freiwilligkeit und sind sehr stark auf einzelne verantwortliche Personen und deren Wollen angewiesen. Das hohe politische Mandat und fachliche Ansprüche stehen ausbaufähigen Rahmenbedingungen derjenigen gegenüber, die vor Ort Jugendbeteiligung vorantreiben. Es fehlt an Strukturen, Personal und finanziellen Spielräumen, um demokratische Erfahrungen der Mitsprache und Mitentscheidung flächendeckend in der Alltagswelt und vor allen den Alltagspraxen junger Menschen zu verankern.

Stattdessen kommt Jugendbeteiligung als zusätzliches Angebot daher, muss zeitlich, räumlich und thematisch in aller Regel zusätzlich geleistet werden und verstärkt hierüber die ohnehin vorhandene Tendenz zur Exklusivität. Neben thematischen, zeitlichen, sprachlichen, finanziellen und örtlichen Barrieren haben auch administrative Begrenzungen eine ausschließende Wirkung. Je höher die administrative Ebene (Kommune, Landkreis, Bundesland) oder das inhaltliche Abstraktionsniveau (lebensweltferne Themen), umso exklusiver sind die Gruppen, die sich „am Ende des Tages“ ansprechen und in Prozesse einbinden lassen. Lokal sind die Chancen eines sozial-inklusiven Beteiligungsansatzes sicher am größten, die konkrete Ausgestaltung hat einen massiven Einfluss auf das Absenken möglicher Barrieren.

Realität ist auch, dass zahlreiche Kinder und Jugendliche (und deren Eltern) von Angeboten der Jugendbeteiligung überfordert sind und hieran kein Interesse zeigen. Hier gilt es, anforderungsarme, praxisnahe Sensibilisierungs- und Experimentierangebote vorzuschalten oder parallel anzubieten. Viele gewünschte Formen und Inhalte sind auf kurze Sicht nicht erreichbar, es braucht aufsuchende, beschreibende und praktische Wege, um Kinder und Jugendliche aus abgekoppelten Milieus und sozialen Gruppen ansprechen und einbeziehen zu können.

In diesem Kontext fällt auf, dass Jugendbeteiligung zumeist auf die Arbeit mit Familien und mit Nachbarschaften verzichtet, obwohl hier ungenutzte Potenziale brachliegen. Dies geschieht sicher auch aus Ressourcen- und Finanzierungsaspekten, jedoch auch aufgrund methodisch-fachlicher Überlegungen. Über eine Anreicherung der Vorgehensweisen um Ansätze des community organizing sowie der Familienbildung und Elternarbeit könnte eine weitere Abkopplung und soziale Distanzierung prekärer Milieus vermieden werden.

Jugendbeteiligung morgen gestalten

Mit der Sollbestimmung zur Kinder- und Jugendbeteiligung in sächsischen Kommunen und Landkreisen ist eine politische Zielvorgabe formuliert, die einen Kulturwandel auslösen möchte und gleichzeitig nur über ein breites gesellschaftliches Selbstverständnis eingelöst werden kann. Es braucht Projekte, Prozesse, Verfestigung und Institutionalisierung der themenbezogenen Beteiligung und demokratischen Mitsprache junger Menschen.

Hierfür bleibt es wichtig, dieses Thema zu setzen, Netzwerke zu knüpfen und Veranstaltungen durchzuführen, in denen über das Für und Wider, über Potenziale, Erlebnisse, Wirrnisse und gelungene Praxis berichtet und gesprochen werden kann. Hierfür bleibt es wichtig, lokale Initiativen Jugendlicher wie auch Erwachsener fachlich zu beraten, bedarfsgerechte Unterstützungs- und Bildungsangebote zu formulieren und Strukturentwicklung zu begleiten.

Zudem gilt es, für eine sächsische Jugendstrategie zu streiten, die attraktive Entwicklungsziele vorgibt und benötigte Ressourcen zur Verfügung stellt, um die politischen Leitlinien mit Leben zu füllen, Verlässlichkeit und Unterstützungspotenziale in der Jugendinfrastruktur zu erhöhen und interessierten Akteuren Rückenwind zu geben.

**#lassunsreden ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe für eine
EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK in Sachsen.**



JUST – Jugendstiftung Sachsen

Neefestrasse 82
09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 533 64 - 14
Fax: (0371) 533 64 - 26

E-Mail: info@jugendstiftung-sachsen.de

www.jugendstiftung-sachsen.de

Projekt Jugendpolitik braucht
E-Mail: jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de
